



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

††: Die Wahlen zu den preußischen Kammern.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Die Wahlen zu den preussischen Kammern.

Die Wahlen lassen sich jetzt ziemlich vollständig übersehen. Die Zeitungen haben sie rubricirt, und ein Zahlenverhältniß zwischen der sogenannten conservativen und oppositionellen oder demokratischen Partei mit großer Sicherheit herausgerechnet. Bei der Organisation der politischen Ansichten, für welche die Wahlen eine merkwürdige Probe gegeben haben, hat es sich so gemacht, daß mit wenig Ausnahmen überall zwei Candidaten sich entgegenstellten, von denen jeder sich auf eine Partei stützte, die um einen Grad conservativer war, als die entgegengesetzte. Es könnte aber wohl sein, daß die oppositionelle Partei des einen Wahlbezirks der conservativen des andern näher stände, als der demokratischen, und so würde jene Rechnung nicht überall die Probe halten. Noch gewagter erscheint die Classification in die vier hergebrachten Nuancen — Rechte, rechtes und linkes Centrum, Linke — wie sie z. B. die deutsche Zeitung versucht. Sie geht dabei auf die Antecedentien derjenigen Deputirten zurück, die irgend einmal an einer ständischen Versammlung Theil genommen haben. Allein die gänzlich veränderten politischen Verhältnisse werden auch die Stellung der Einzelnen wesentlich modificiren.

Nach jener Berechnung stünden sich die beiden Parteien der Zahl nach ungefähr gleich; das Uebergewicht, aber ein sehr geringes, möchte auf die conservative Seite fallen. Man legt dabei vor Allem die letzten Schritte des Rumpfparlaments zu Grunde, und stellt diejenigen, welche sie billigen, links, die sie mißbilligen, rechts. Allein dies bloß theoretische Verhältniß hält die practische Prüfung nicht aus. Vielmehr wird eine unbefangene Anschauung der aufgelösten Constituante zu dem Resultat führen müssen, daß die Gegensätze, um die es sich gegenwärtig handelt, ganz anderer Natur sind, als die häufig unerquicklichen und leeren Streitfragen, die in jenem Abortus der Revolution die Tagesordnung bildeten.

Wir haben jene Versammlung nicht geliebt; mit Ernst und Spott sind wir ihr entgegengetreten, so lange sie wenigstens dem Anschein nach die Macht besaß, den Staat in seinen Grundvesten zu erschüttern. Sie gehört jetzt der Geschichte an, und Haß und Liebe haben kein Recht mehr auf sie. Man kann sich über ihr Wesen leichter verständigen, wenn man keinen Grund mehr hat, sich darüber zu ärgern.

Als Kind der Revolution hatte sie einerseits die gute, naive Ansicht, Unerhörtes und so Unmögliches als möglich zu leisten; andererseits hatte sie aus demselben Grund nicht einmal zu dem Erträglichen die Mittel.

Eine constituirende Versammlung! eine Versammlung, die auf einer tabula rasa den neuen Staat aufrichten soll! also, wie es der schlichte Bauernverstand,

der in ihr dominirte, nicht anders fassen kann, die schlechthin thun konnte, wozu sie irgend Lust hatte! Was half es, wenn ihr von conservativer Seite die Vereinbarungstheorie entgegengehalten wurde? Wie sollen sich zwei Mächte vereinbaren, die Verschiedenes wollen? Der Schwächere muß nachgeben. Herr v. Berg, der geistreichste unter den politischen Adventuriers, die in dieser Versammlung den Ton angeben, hat das ganz allerliebft ausgedrückt. „Das Volk hat einen Krieg gegen die Krone geführt; es hat ihm beliebt, einen Waffenstillstand zu schließen, und wir sind dazu da, die Friedensbedingungen zu formuliren. Erfüllen wir unsere Aufgabe! geht die Krone auf unsere Bedingungen ein, tant mieux! wo nicht, so ist der Waffenstillstand aufgehoben, und Glück und Zufall mögen dann entscheiden!“ Ein Franzose hätte nicht einfacher sein können: rechts Krone, links Volk; die Constituante mit der Friedensfahne in der Mitte, weist man sie zurück, dann tönet, ihr Fanfaren des Kriegs!

Die Praxis ist nicht so einfach: dafür waren die Folgen der Steuerverweigerung der Prüstlein. Es zeigte sich, daß nicht das ganze Volk links stand.

Aber neben der Aufgabe, auf leerem Raum das lustige Schloß der neuen Verfassung aufzubauen, stand noch die zweite: bei den laufenden Staatsgeschäften — denn der Gang dieses Uhrwerks lehrte sich nicht an die Fiction eines inhaltlosen Provisoriums — thun, als sei das neue Gebäude bereits fertig, und man habe sich nur einzurichten. Die nöthigen Geseze mußten erlassen, die Verwaltung mußte controllirt werden. Auf eignen Kopf konnte die Krone nicht mehr handeln, denn man hatte die Abschaffung des Absolutismus „auf den Barrikaden“ decretirt; die ständischen Institutionen, durch welche das neue constitutionelle Staatsleben vermittelt werden sollte, waren noch nicht vorhanden, und so sah sich die Versammlung in der üblen Lage, sich zugleich constituirend und constituirt verhalten zu müssen. Als Constituante hatte sie nicht das mindeste Recht zur ständischen Mitwirkung bei Regierungshandlungen; stattfinden sollte aber diese Mitwirkung, und wem sollte man sie anders übertragen, als ihr? Sie hatte nicht Schuld daran, daß man sie berufen hatte, die Welt wieder in ihre Fugen einzurenken!

Und nun, was für Kräfte brachte sie mit, um diese tragische Aufgabe zu lösen? Es wäre jämmerlich mit dem „Staat der Intelligenz“ beschaffen gewesen, wenn diese Versammlung seinen Mikrokosmos hätte vorstellen sollen. Wenn wir nicht jetzt die sächsischen Kammern vor uns hätten, so würde ich sagen, daß noch nie eine politische Versammlung das Bild einer so vollendeten Hilfslosigkeit gewesen wäre. Aber wie hätte es anders sein sollen! Wenigstens neun Zehntel der Wähler hatten auch nicht die leiseste Ahnung davon, um was es sich eigentlich handelte. Wen sollten sie nun wählen? Von dem bisherigen Staatsleben hatte man nichts erfahren, Namen von Autorität waren nicht vorhanden, wenn man die Paar vom vereinigten Landtag ausnahm, und diese wurden noch zum großen Theil von der Paulskirche absorbiert, also die „Wähler,“ d. h. diejenigen Kreise, welche von der Bewe-

gung lebhaft ergriffen waren, wählten den weitbrüstigen Mann, der am lautesten gegen die Regierung polemisiert hatte; die „Heuler,“ die in der Revolution den Untergang aller Geschäfte sahen, wählten den ehrfamen Spießbürger, der „Ruhe um jeden Preis“ verhiess: die Bauern schickten einen ihres Gleichen ins Parlament, der ihnen Abgabefreiheit verschaffen sollte; die Gesellen wollten Zulage des Tagelohns — und nun mochte diese so bunt zusammengesetzte Gesellschaft zusehen, wie sie mit einander fertig würde!

Und nun noch die particulären Wünsche und Leidenschaften, die geradezu gegen die Existenz des Gebäudes, in welchem man sich einrichten sollte, protestirten! Die Deutschthümmler — es war freilich keine große Zahl — wollten ein einiges freies Deutschland, die Polen ein einiges freies Polen, die Demokraten eine einige Republik von möglichst ungeheurem Umfang, und alle drei konnten ihren Zweck nur durch den Ruin des preussischen Staats erreichen.

Sondern wir die Fractionen, ohne ängstlich auf die zufällige Verbindung der einzelnen Coterien Rücksicht zu nehmen, so sehen wir rechts die Fanatiker der Ruhe. Sie wollen regiert sein, und unterstützten daher jede Regung, Hansesmann wie Arnim, sie hätten auch Waldeck gestützt, wenn er ihnen vor den Berliner Strassenjungen Ruhe verschafft hätte. Von einem Princip war bei ihnen keine Rede, von Talenten eigentlich auch nicht, was davon vorhanden war, kam erst durch aufgebene Portefeuilles nachträglich hinein. Einen sittlichen Halt konnte diese Partei, in welcher die einzelnen Kräfte sich wirkungslos verloren, dem Staat nicht geben.

Links saßen die ungezogenen Lieblinge der Revolution. Ich glaube nicht, daß viel Republikaner darunter waren, wenn man sich überhaupt mit diesem höchst unbestimmten Namen eine concrete Vorstellung zu verbinden getraut; man ist noch nicht Republikaner, wenn man die Könige haßt. Aber theils verbitterte Gemüther, die von dem alten System gelitten hatten und es nun wollten entgelten lassen, theils übermüthige junge Gesellen, die es kitzelte, den Tiger im Käfig zu verhöhnern, gab es hier in Menge. „Wir wollen doch sehen, wer uns etwas zu befehlen hat!“ Sie hatten den Vortheil, daß Fragen bequemer sind als Antworten, Vorwürfe einfacher als Ausführungen. Ihre Angriffe waren mehr Plänkelen als ernsthafte Gefechte, aber wo keine geschlossene Truppenmacht ist, fällt auch ein fortgesetztes Geplänkel schwer. Sie lebten von der Schwäche ihrer Gegner. Wenn sich ein positiver Schwärmer, wie Waldeck, unter sie verirrete, so war das ein gutes Aushängeschild; man hatte nun Manifeste in Borrath; sie wirklich ausführen zu wollen, überhob man sich leicht, als Partei der Zukunft. Für die Gegenwart war die Lust der „Unruhe um jeden Preis.“

Im rechten Centrum saßen die Wohlwollenden, denen es mit den „Errungenschaften“ des Liberalismus ernst war und die mit dem traditionellen Mißtrauen der alten Zeit auf die Regierung wie auf das Volk blickten. Wer am lautesten

sein Mißtrauen äußerte, hatte sie gewonnen. Entschiedene Anhänger der gesetzlichen Ordnung, wurden sie doch durch den Schwindel des immer wachsenden Mißtrauens gegen die Reaction theilweise zu dem extremen Schritt der Steuerverweigerung verleitet.

Die eigentlichen *homines novi* von parlamentarischem Talent saßen im linken Centrum; es war die Partei Odillon Barrot, die sich bei dem ewigen Frieden ennuyirt, die das Volk aufruft, um nur ein geeignetes Feld für ihre Thätigkeit zu gewinnen, die allenfalls Reformbanquette provocirt, aber schwerlich sich dazu entschließen wird, mit kühner Hand sich auf das ungesattelte Ross der Revolution zu schwingen. Sie gehörten zum großen Theil den gebildeten Ständen an, und konnten daher in einer fortgesetzten Anarchie ihre Rechnung nicht finden, aber sie hatten den Uebermuth, mit ihr zu spielen.

Die stürmische Atmosphäre von Berlin und das miasmatisch sich fortpflanzende Mißtrauen gegen jeden Schritt der Krone verschmolzen mit der Zeit diese heterogenen Elemente in eine compacte Masse, aus der nur ein kleiner Theil der ehemaligen Rechten sich ausschied. Zuletzt handelte sie in einem gewissen Schwindel, man fragte nicht mehr wohin geht es? sondern nur immer vorwärts! bis hart an dem Abgrund der wieder sich öffnenden Revolution ein Machtpruch ihr Einhalt gebot.

Es wäre nun ein höchst gefährlicher Irrthum, wenn man glauben wollte, daß die Männer, welche jener Masse angehörten, heute noch bei ganz veränderter Sachlage auf demselben Standpunkt sich finden müßten. Jenes Mißtrauen hat keinen Inhalt mehr; es liegen Thatsachen vor, über die man ein Urtheil wird fällen müssen. Es falle nun aus wie es wolle, zur Leidenschaft ist kein Grund mehr vorhanden. Am schlimmsten wäre es aber, wenn jene Männer es ihrer Ehre schuldig glaubten, in jene Stimmung, die im Rausch natürlich war, sich jetzt künstlich wieder hineinforciren zu müssen. —

Mustern wir die Streitkräfte der neuen Kammer, so sehen wir uns zunächst vergebens nach mehreren Namen um, die in der bisherigen Geschichte unserer parlamentarischen Entwicklung vorangeleuchtet haben. Das ist um so schlimmer, da in der conservativen Partei nur wenig Doppelwahlen sind — ich zähle sechs — da ferner die zweite Kammer voraussichtlich der eigentliche Kampfschauplatz sein wird. Ich setze daher beiläufig voraus, daß diejenigen unter unsern Notabilitäten (Gr. Arnim, Vincke, Bodelschwingh u. s. w.), welche vielleicht für beide Kammern gewählt werden, unter allen Umständen die Wahl für die zweite vorziehen. Wo anders aber, als in Deutschland, könnte es vorkommen, daß Männer wie Camphausen und Hansemann in der Zahl der Deputirten fehlen! Camphausen ist bis jetzt nebst Vincke der vorzüglichste Repräsentant derjenigen Richtung der preussischen Politik, welche ich nach der englischen Analogie mit dem Namen der Whiggistischen bezeichnen habe; er hat in den alten Provinzialständen, im vereinigten Landtag, in den Ausschüssen, in dem deutschen Wechselcongreß, dann am Ministertisch und vor der Constituante, endlich bei der deutschen Centralgewalt,

überall mit Ehre, die Interessen des freien Preußens vertreten. Camphausen und Hansemann sind in dieser Kammer um so unentbehrlicher, da ein wesentlicher Gegenstand ihrer Berathungen der Geldpunkt sein wird, und da sich herzlich wenig in derselben finden, die etwas davon verstehn. Als dritten rechne ich Milde hieher, obgleich dieser es vielleicht vorziehn wird, in der ersten Kammer eine mäßige Opposition gegen allzu reactionäre Tendenzen zu leiten. Von den Capacitäten des vereinigten Landtags fehlen Mevissen und der Bürgermeister Sperling aus Königsberg. Eigentlich wäre es wünschenswerth, daß auch die frühern Minister, die jedenfalls einen tiefern Blick in die factischen Staatsverhältnisse gethan, der Berathung nicht entzogen würden, doch möchten sie zum größten Theil mehr in die erste Kammer gehören. Ich nenne hier zuerst Herrn v. Arnim, welcher der auswärtigen Politik Preußens zuerst jenen kühneren Schwung gab, die sie vielleicht etwas zu weit aus dem alten Gleise trieb. Ferner die von allen Parteien gewürdigten Justizminister Märker, Risler und Bornemann — für letzteren habe ich noch einige Hoffnung, daß er bei einer der Berliner Doppelwahlen gewählt wird, wenn sich der demokratische Zorn der Hauptstadt, der eigentlich nur dem Belagerungszustand gilt, etwas gelegt haben wird. — Ungern vermiffen wir ferner den ehemaligen Minister-Präsidenten v. Auerswald (den jüngern Bruder), Kühlwetter, Kühne, Eichmann und v. Bonin.

Wichtiger aber noch als diese Wahlen wäre für Preußens Entwicklung der Singutritt jener Männer gewesen, die bisher in Frankfurt mit rühmlicher Ausdauer und bedeutendem Talent für unsere Sache gekämpft haben. Sie würden in den engen politischen Horizont des specifischen Berlinerthums den weitern deutschen Blick eingeführt haben. Sollte ihre Thätigkeit in Frankfurt noch einige Wochen nothwendig sein, so ertheilt ja in solchen Fällen ein jedes Parlament Urlaub. Es sind folgende Männer. Dahlmann, der von den unreifen Sophisten der Volkssouveränität so häufig angefochtene Doctrinär, dem wir zwar nicht in alle Wendungen seiner Theorie zu folgen vermögen, der aber Inhalt genug hat, um in jeder politischen Versammlung ein wesentliches Moment zu bilden, und dem namentlich einen Vorzug Niemand abstreiten wird, der heut zu Tage immer feltner wird: politisches Gewissen und politische Ehre. Ferner: Beseler aus Greifswald, der gründliche Berichterstatter des Verfassungs-Ausschusses; Eduard Simson, der Präsident der Nationalversammlung; C. M. Arndt, der gewissermassen ein historisches Anrecht aufweisen kann, und der in seiner letzten parlamentarischen Wirksamkeit gezeigt hat, daß ihm über seinem Deutschthum das engere Vaterland nicht aus den Augen gekommen ist; die Reichsminister Beckerrath und v. Peuker, deren officielle Stellung von Tage zu Tage fraglicher wird; Otto Plathner aus Halberstadt; Oberst Stavenhagen; v. Saucken-Tarputschen und Stedtmann, beide in gutem Andenken vom vereinigten Landtag her; auch Raveaux, obgleich ich seine politischen Ansichten nicht theile.

Eben dahin gehört der Ritter *Bunfen*, dessen gewissenhafte und großartige Thätigkeit für die Ehre Deutschlands leider zum großen Theil in der Heimlichkeit des alten Polizeistaats begraben ist. Ende gut, Alles gut: General *Radowiz*. Die Vergangenheit dieses Mannes ist unklar, wie seine augenblickliche Stellung; wer aber den wunderbaren Eindruck, den sein jedesmaliges Auftreten in der Paulskirche gemacht, aufmerksam verfolgt hat, muß zu der Ueberzeugung kommen, daß es für Preußen wie für die constitutionelle Sache von der höchsten Wichtigkeit sein muß, einen solchen Mann nicht außer sich zu haben. Das parlamentarische Leben einer Nation beruht darin, daß alle bedeutenden Kräfte, nach welcher Richtung sie auch auseinandergehen, in ihm vertreten sein müssen. Wir würden es eben so für einen wesentlichen Mangel gehalten haben, wenn z. B. *Waldeck* nicht gewählt worden wäre.

Was die alten Generale und die eigentliche Aristokratie betrifft, so gehören beide, soweit sich nicht parlamentarische Talente von größerem Umfange unter ihnen finden, besser in die erste Kammer. Was diese für die conservative Sache leisten wird, kann nur durch eignes Gewicht geschehn; eine Stütze in der öffentlichen Meinung wird sie schwerlich finden.

Die Physiognomie der zweiten Kammer hat trotz dieser Fehler einen viel erfreulicheren Anstrich, als die der alten Constituante. Es sind nicht soviel Wasserpolacken und kleine Leute darin, auch die lichtfreundlichen Pastoren sind zusammengeschmolzen. Entschieden dominirt das Beamtenthum, es ist auf den Oppositionsbänken eben so stark vertreten als auf der rechten Seite. Assessoren, Stadtrichter und Justizcommissarien bilden die Mehrzahl. Professoren finde ich nur drei bis vier, desto mehr Lehrer, namentlich vom Lande. Die Aristokratie ist nicht im Uebermaß vertreten; ich nenne Freiherr v. *Binde*, Graf *Arnim-Boitzenburg*, v. *Bismark-Schönhausen*, Graf *Zietzen*, Fürst *Saxfeld*, Graf *Poninsky*, Graf *Renard*, einige märkische und pommersche Landräthe, an ihrer Spitze Graf *Schwerin-Puzar* (*Bülow-Gummerow* ist nicht gewählt): in Preußen *Auerswald-Plautzen*, *Sauken-Julienfelde* und *Dohna-Wesselhöfer*; in Posen natürlich fast nur Edelleute, am Rhein fast gar keine.

Von der alten Constituante sind etwa 100 wieder gewählt. Hier überwiegt die linke Seite sehr stark, weil sie auch in der That die bessern Talente zählte. *Waldeck*, *Robbertus*, *Jacoby*, *Temme*, v. *Kirchmann*, v. *Urnsh*, *Rosch*, v. *Berg* werden nicht verfehlen, auch in der neuen Kammer eine bedeutende Rolle zu spielen. Leider sind auch viele andere von derselben Farbe, aber einem ruppigeren Anstrich, wieder gewählt. Auch *Freund Dierschke* ist wieder da; für die Unterhaltung der Journalisten und Tribune ist also gesorgt. Die Polen fehlen auch nicht. Auf der rechten Seite ist namentlich die Wiederwahl *Grabow's* und *Harkort's* erfreulich.

Der Zuwachs ist aber durchaus zu Gunsten der rechten Seite. Masse war schon früher da, aber es fehlten die Führer, die Vorkämpfer, die großen Gedanken. Diese haben sich nun in hinreichender Zahl gefunden. Von alten Namen sind da: die Tories Bodelschwingh, Mantuffel, Arnim-Boitzenburg, Bismark-Schönhausen, Renard; die Whigs Vincke, Schwerin, Auerwald, Heydt; daß die alten Choragen der conservativen Partei, Baumstark, Rehsfeldt, Sydow und Reichensperger fehlen, ist nicht gerade ein Unglück zu nennen. Unter den neuen Namen ist der Professor Keller hervorzuheben, ein feiner, eleganter Kopf, der seinen frühern Doctrinen nach etwas weiter nach rechts hinüberneigt, als es zum constitutionellen Leben unbedingt erforderlich sein dürfte, wie das bei einem alten Republikaner nicht wunderbar ist. Alle diese Männer würden in der ersten Kammer eine Rolle spielen, die ihren geistigen Anlagen keineswegs angemessen wäre; in der zweiten dagegen, wo sie einen mächtigen und gefährlichen Gegner zu bekämpfen haben, wird ihr Talent Funken geben, wie der Stahl am Feuerstein.

Die Opposition erfreut sich bis jetzt keines erheblichen Zuwachses, mit Ausnahme zweier Männer, Heinrich Simon und Julius Rupp. Zu den Zeiten des Centrallandtags hat Simon durch seine kühne Brochüre: Annehmen oder Ablehnen? mehr Aufsehn als Erfolg hervorgebracht; wir wünschen ihm bei seiner diesmaligen Thätigkeit, die unzweifelhaft nach derselben Richtung gehen wird, das Gleiche. Rupp ist ein Mann von den glänzendsten Anlagen und dem ungemessensten Ehrgeiz; er wird voraussichtlich in der äußersten Linken eine bedeutende Stellung einnehmen. Vielleicht gelingt es ihm, diese Partei aus dem geistlosen Cynismus und der Burschikosität vereinzelter unmittelbarer Einfälle mehr ins Ideelle hinüberzuleiten. Jedenfalls werden beide Männer dazu beitragen, ihr mehr Haltung zu geben.

Was nun die weitere Entwicklung der Parteien betrifft, so wird Vieles von der Beschaffenheit der ersten Kammer abhängen. Ist sie, wie wir wünschen und hoffen, bei aller conservativen Gestimmung in ihrer Majorität dem Geist der neuen Zeit geneigt, geht sie aufrichtig in die Umbildung Preußens zu einem nicht nur der Form sondern dem Wesen nach constitutionellen Staat ein, und läßt sie sich mit fortreißen zu dem kühneren Schwung, den Preußen nach seiner jetzigen Lage nothwendig nehmen muß, um seine große Vergangenheit nicht Lügen zu strafen, so wird ein einiges Zusammenwirken der drei legislativen Mächte nicht nur möglich, sondern auch wahrscheinlich, und Preußen kann sich rühmen, mit verhältnißmäßig geringen Opfern sich eine große Zukunft bereitet zu haben. Wartet aber auch der reactionäre, kleinlich ängstliche Geist der alten Zeit in ihr vor, so könnte sie dadurch die zweite Kammer in das entgegengesetzte Extrem treiben, und eine weitere Fortdauer der Anarchie, d. h. der allgemeinen Planlosigkeit und Ohnmacht wäre damit in Aussicht gestellt.

Wie wir hören, beabsichtigt Herr Waldeck, seine Partei zu einer Art Vorparlament zusammenzuberufen, um den Feldzugsplan für die diesmalige Session zu entwerfen. Das Gespenst des alten Rumpfparlaments, das noch immer durch gelegentliche Erscheinungen den Glauben an seine Existenz aufrechtzuerhalten sucht, soll darin wieder umgehen. Man soll auf Ungiltigkeitserklärung der octroyirten Verfassung, auf Anklage gegen die Minister und auf Abschaffung der ersten Kammer dringen wollen. Sollte an diesem Gerücht wirklich etwas Wahres sein, so dürfte dieser seiner Form und seinem Inhalt nach revolutionäre Plan auf keine große Zahl an Theilnehmern zu rechnen haben. Auf extreme Schritte, wie die letzten der aufgelösten Versammlung es waren, läßt man sich nicht zweimal ein, um so weniger, wenn sich weder vom Standpunkt des Rechts noch von dem der Zweckmäßigkeit etwas dafür angeben läßt.

Was das erste betrifft, so lohnt es kaum der Mühe, über die Rechtmäßigkeit oder Unrechtmäßigkeit der Octroyirung etwas zu sagen. Von allen Dächern hatte man gepredigt, es gebe keinen Rechtsboden mehr, man stehe auf dem Boden der Revolution, d. h. der Gewalt. Die Regierung betrat ihrerseits diesen Boden; sie erklärte die Versammlung, welche dazu berufen war, ihr einen Antrag über die neue Verfassung zu machen, welche aber anderweitiger Geschäfte wegen dazu nicht kam, für aufgelöst, wandte Gewalt gegen sie an, als sie nicht von selber auseinanderging, und legte ihrerseits einen Verfassungsantrag ein. Das Volk hat darauf geantwortet. Auf die Dankadressen, welche von verschiedenen Seiten einliefen, lege ich kein großes Gewicht; mehr schon auf die ununterbrochne Zahlung der Steuern, trotz alles Protestes von Seiten der sogenannten Volksvertreter. Was aber die Hauptsache ist, das Volk hat überall in den vorgeschriebenen Formen gewählt. Kraft ihres Mandats sind nun die Deputirten in die neue Verfassung eingeführt; sie können rechtlich nichts anders sein, ihr einziger Rechtsboden ist die Verfassung. Freilich können sie noch alles mögliche nebenbei vorstellen, wie eben das Frankfurter Vorparlament, allein dann ist von keinem Rechtsstandpunkt mehr die Rede, sondern vom Standpunkt der rohen Gewalt, und es wird den Gewaltthaten von der andern Seite Thor und Thür geöffnet. Wenn z. B. die zweite Kammer einseitige Beschlüsse fassen, und sie mit Umgehung der beiden andern verfassungsmäßigen Gewalten dem Volke aufdringen wollte, so träte sie aus dem Boden des Rechts heraus. Daß sie übrigens vollkommen berechtigt ist, die nöthigen einleitenden Schritte zur Abänderung unvollkommener Bestimmungen in der Verfassung zu thun, erkennt die Regierung vollkommen an, und versteht sich ohnehin von selbst.

Wichtiger als diese Rechtsgründe sind hier diejenigen, welche von der Zweckmäßigkeit hergenommen sind. Soll der Preussische Staat genesen und zu neuem Leben sich kräftigen, so muß er zunächst die Grundlage gewinnen, auf der er natürlich und gesetzlich sich fortzubilden vermag. Eine solche Grundlage hat ihm

bisher gefehlt; die Willkür hat regiert, wenn auch die wohlmeinende: die Willkür des absoluten Regiments oder des ungegliederten Volks; eine solche Grundlage zu gewinnen, war der edle Zweck der alten Opposition. Die octroyirte Verfassung, was man ihr auch im Einzelnen vorwerfen mag, ist nun von der Art, daß ein Volk, welches nicht verstände, innerhalb ihrer sich zu vernünftiger Freiheit zu entwickeln, werth wäre, ewig Sclavendienste zu thun. Sie ist zunächst nur die Form, aber weit genug angelegt, daß innerhalb ihrer die eigentliche Organisation des Staats sich gleichmäßig ausbilden könne. Sollte ja noch irgend ein Zweifel über jene Rechtsgiltigkeit entstehen, so schwindet dieser Zweifel unfehlbar durch das unbedingte Eingehen von Seiten der Repräsentanten, und durch die unverzügliche Aufforderung, das Gouvernement, seinerseits durch Vereidigung des Militärs und der Beamten sie in volle Rechtskraft treten zu lassen. Der Eigensinn, der sich gegen ein solches Eingehen sträubt, muß durch die Vernunft überwunden werden.

Soll aber die Verfassung den festen Grund, der ihr rechtlich zukommt, auch factisch gewähren, so muß man nicht voreilig daran rütteln. Aus diesem Grunde würde ich es für mißlich halten, wenn die Kammer, wozu sie das Recht hat, an eine weit ausgedehnte Revision der Verfassung ginge. Einerseits würde dann die Zeit, die man zur organischen Gesetzgebung auf das Dringendste bedarf, zum zweitenmal an jene fruchtlose formelle Polemik verschwendet, andererseits aber bedürfte das Resultat ganz anders ausfallen, als die Demokratie zu hoffen sich berechtigt glaubt. Sobald die zweite Kammer auf Abschaffung der ersten anträgt, oder wenigstens auf Abänderung der Grundlagen derselben (des Censur), so wird diese Reciprocität üben, und wenn aus diesen leeren Debatten überhaupt ein Resultat hervorgeht, so hat man es der Laune oder dem Zufall zu danken. Es ist dies eine schlimmere Gefahr, als der Versuch, gegen die Rechtsgiltigkeit der Verfassung überhaupt zu polemisieren, denn gegen das Letzte wird sich, wie die Sachen jetzt stehen, die Majorität unzweifelhaft entscheiden, auf eine Generalrevision aber könnte mancher wohlgestunte Patriot eingehn.

Die Anklage des Ministeriums wäre ein leerer Act der Rache, eine Wiederholung derselben Thorheit, welche die Regierung selbst in der zugelassenen Verfolgung der Steuerverweigerer begangen hat. Wer will in Zeiten der Revolution zwischen Recht und Unrecht unterscheiden? Welchem Gerichtshof will man das Urtheil übertragen? — Geschehenes kann kein Gott ungeschehen machen, aber der Mensch hat das Vorrecht der Amnestie: was geschehen ist, ist geschehen, wir denken nicht weiter daran und gehen zur Tagesordnung über. Wenigstens wird sich kein Patriot zu einem Schritte hergeben, der zu ebenso unheilvollen als lächerlichen Scenen Veranlassung sein müßte.

Das Ministerium wird seine Handlungen vor der Kammer vertreten. Man wird ihm keine Dankadresse votiren, denn das hieße den Gefühlen eines großen

Theils des Volks unnöthigerweise Troz bieten, aber man wird ihm Decharge ertheilen, und dann wird es seine Mission vollendet haben. Preußen bedarf in seiner jetzigen Lage einer sehr kräftigen Regierung, die in zweifelhaften Fällen etwas wagt, was der gewöhnliche Lauf der Dinge nicht mit sich bringt. Dazu gehört aber Credit. Das jetzige Ministerium wird auch bei dem besten Willen ein so starkes Vertrauen von Seiten des Volks und seiner Vertreter nicht gewinnen. Jetzt, wo die Kammern den größten Theil unserer politischen Capacitäten in sich vereinigen werden, wird es möglich sein, aus ihnen eine von einem bestimmten Princip geleitete und dem Volk bewährte Regierung zu bilden; bei dem fortwährenden Ministerwechsel des vorigen Jahres war der große Uebelstand, daß man die Regierung zum größten Theil außerhalb der Volksvertreter zusammensetzen mußte und sie ihnen gleichsam wie ein fremdes Wesen gegenüberstellte. Das ist unter den gegenwärtigen Umständen nicht mehr zu erwarten. Camphausen als Ministerpräsident, Bunsen mit dem Portefeuille des Auswärtigen betraut, würden schon im Stande sein, ein Cabinet zu bilden, das nicht nur die Parteien in Preußen — mit Ausschluß der Absolutisten und der Republikaner — zu versöhnen, sondern auch dem gesammten deutschen Vaterlande eine gedeihliche Zukunft zu versprechen geeignet wäre. Nur darf die neue Regierung nicht eher eintreten, bis der Schlund der Revolution geschlossen ist, sonst wiederholt sich das alte, häßliche Spiel.

Die schwierigste Klippe der preussischen Politik, die deutsche Frage, in welcher die bisherige Stellung der Parteien sich vollständig umgestalten wird, sparen wir einem eigenen Artikel auf. ††.

Das preussische Ministerium und die erste Kammer.

Nachtrag zu dem Vorigen.

Wie die bisherigen Nachrichten von den Wahlen zur ersten Kammer sich herausstellen, könnte das Ministerium leicht verleitet finden, die gegenwärtige Krisis überstehen zu wollen. Es sind schon in den 52 bis jetzt bekannten Wahlen sämtliche Minister gewählt — mit Ausnahme von Rintelen, den doch wahrscheinlich in den noch nicht bekannten Kreisen irgend eine Wahl getroffen haben wird. In der zweiten Kammer sitzen Mantuffel, v. d. Seydt und der Unterstaats-Secretair Müller; in der ersten Brandenburg, Strotha, Ladenberg, Bülow, Kühne, Pommer-Esche und der General-Postdirector Schmückert. Graf Brandenburg ist dreimal, Ladenberg zweimal gewählt. Im Uebrigen ist ebenso bemerkenswerth als erfreulich die Wahl des Prinzen von Preußen